

Zeitschrift: ZeitBild
Herausgeber: Schweizerisches Ost-Institut
Band: 34 (1993)
Heft: 13

Artikel: Drei Länder, zwei Modelle, ein Ziel : realsozialistisches Volkseigentum in der Privatisierung
Autor: Kolcava, Dalibor
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-1092743>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 18.04.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Realsozialistisches Volkseigentum in der Privatisierung

Drei Länder, zwei Modelle, ein Ziel

Über Jahrzehnte hinweg erwies sich in den Ländern des ehemaligen COMECON die Dominanz des kollektiven, staatlich-anonymen Eigentums an den volkswirtschaftlichen Produktionsmitteln als der entscheidende Hemmschuh einer ökonomischen Prosperität. Nach dem politischen Systemwechsel stand darum die Privatisierung zuoberst auf der Prioritätenliste der Wirtschaftspolitiker Mittel- und Osteuropas. Das gleiche Problem erforderte jedoch nicht gezwungenermassen überall dieselbe Lösung. Der vorliegende Artikel vergleicht die Wege, welche in Ungarn, der Tschechischen Republik und der Slowakei betreffend der «Entstaatlichung» eingeschlagen worden sind.

«Freie Preisgestaltung sowie Privateigentum an Produktionsmitteln sind unabdingbare Elemente einer funktionierenden marktwirtschaftlichen Ordnung.» Diese Einsicht galt vor rund vier Jahren als der erste Schritt zur Bewältigung des wirtschaftlichen Malaise Mittel- und Osteuropas. Der Umbau der Eigentumsordnung erwies sich wie erwartet als eine Aufgabe, deren Lösung angesichts ihrer Dimension und Einmaligkeit der Quadratur des Zirkels nahe kam.

Noch nie dagewesen

Der wirtschaftshistorische Präzedenzcharakter dieses Vorhabens widerspiegelt sich in der Tatsache, dass das bisher wohl grösste Entstaatlichungsprogramm der neueren Wirtschaftsgeschichte, die zwischen 1974 und 1989 in Chile durchgeführte Privatisierung, Unternehmen betraf, welche rund 25 % des Bruttoinlandsproduktes (BIP) erwirtschafteten. In Grossbritannien ist es unter der Regierung von Margaret Thatcher in zwölf Jahren gelungen, zwei Dutzend Staatsbetriebe, deren Wertschöpfung rund 5 % des BIP ausmachte, zu privatisieren. Dies geschah unter vorteilhaften Rahmenbedingungen wie funktionierenden Kapitalmärkten, welche ihrerseits auf dem Vorhandensein eines reichlichen Kapital- und Ersparnisstocks aufgebaut sind.

In den Ländern des ehemaligen COMECON befinden sich die Kapitalmärkte noch in den Kinderschuhen. Und wir sprechen von

- zwei Dritteln bis 90 % der nationalen Wertschöpfung, welche es zu privatisieren gilt,
- allein in Ungarn und in der ehemaligen CSFR von je etwa 4000 grösseren Industrieunternehmen, Zehntausenden kleiner Betriebe vor allem im Handels- und Dienstleistungsbereich.

Privatisierung als innovativer Massnahmenmix

Die Bewältigung dieser Aufgabe erforderte notwendigerweise die Konzeption neuartiger, innovativer und angepasster Privatisierungsmodelle und -instrumente. So entstand in den einzelnen Ländern ein wirtschaftspolitischer Mix als Kombination diverser Privatisierungsmethoden, welcher jeweils im Zeitverlauf modifiziert und ergänzt worden ist.

Folgende groben Kategorien können generell zur Erfassung der Privatisierungsprozesse in Mittel- und Osteuropa herangezogen werden:

- **Transformation/Kommerzialisierung:** Umwandlung der Staatsbetriebe in eine privatwirtschaftliche Rechtsform (GmbH oder AG), meist als Vorstufe der Privatisierung.
- **Kompensation/Reprivatisierung/Restitution:** Rückgabe von Eigentum, welches nach der kommunistischen Machtübernahme verstaatlicht worden war, an die geschädigten Personen bzw. deren rechtmässige Erben, oder finanzielle Entschädigung in Fällen, in denen Eigentum nicht zurückgegeben werden kann oder soll.
- **Vorprivatisierung/Kleine Privatisierung:** Verkauf kleiner, selbständiger Betriebseinheiten, vor allem Geschäfte und Handwerksbetriebe, im Rahmen öffentlicher Auktionen.
- **Grosse Privatisierung:** Verkauf ganzer Unternehmen, von Unternehmensteilen oder von in Wertpapieren verbrieften Beteiligungen zu Marktprei-



Der gebürtige Tscheche Dalibor Kolcava, Vizedirektor der Hungaro-Swiss Consulting & Surveillance AG, ist Autor dieses Beitrages.

sen oder die Vergabe von Unternehmensanteilen an die Bevölkerung gegen eine symbolische Gebühr.

Bis heute wurden, abgesehen von den fünf neuen Bundesländern, bei der Privatisierung in Ungarn, in der Tschechischen Republik (CR) und in der Slowakischen Republik (SR) quantitativ die grössten Fortschritte erzielt, wobei in den Nachfolgestaaten der CSFR die Konzeption vor der Trennung der beiden Republiken erarbeitet und implementiert worden war. Im folgenden werden die Grundzüge der Privatisierungspolitik dieser Länder diskutiert, jedoch unter Verzicht auf detaillierte Beschreibungen von Projektabläufen oder rechtlichen Einzelheiten.

Der Umbau der Eigentumsordnung erwies sich als eine Aufgabe, deren Lösung der Quadratur des Zirkels nahe kam.

Ungarn: Privatisierung über den Markt . . .

Die ungarische Privatisierungskonzeption basiert auf zwei Institutionen, nämlich einerseits auf der Staatlichen Vermögensagentur, welche das verantwortliche Organ in bezug auf die Abwicklung von Privatisierungsprojekten sowie die letzte Entscheidungsinstanz beim Verkauf von Staatseigentum an ausländische Investoren darstellt, und andererseits auf der im Herbst 1992 geschaffenen Holding für Staatsvermögen, einer Aktiengesellschaft, welche die Eigentümerfunktion an den in staatlicher Hand verbleibenden Firmen bzw. Firmenanteilen wahrnimmt.

Die Abwicklung von Privatisierungen bei Mittel- und Grossunternehmen unterliegt einem dezentralen Muster mit einer Vielzahl von Optionen, auf welche im Einzelfall zurückgegriffen werden kann. Diesen möglichen Privatisierungsverfahren war bisher die Tatsache gemeinsam, dass sie alle auf Marktmethoden zurückgreifen. Staatseigentum wurde demnach in Ungarn, im Unterschied zur CR/SR, nicht an die Bevölkerung verteilt oder zu einem symbolischen Preis vergeben, sondern für einen ausgehandelten Wert an einen in- oder ausländischen Investor verkauft.

Die einzelnen Verfahren werden primär nach dem Subjekt unterschieden, welches die Privatisierung in Gang setzt. Die wichtigsten sind:

- **Aktive Privatisierung:** Initiiert durch die Staatliche Vermögensagentur, welche ausgewählte Unternehmen in Privatisierungsprogrammen öffentlich zum Verkauf ausschreibt.
- **Spontane Privatisierung:** Durch die Unternehmen selbst bzw. durch deren Geschäftsleitungen initiierte Privatisierung.
- **Durch den in- oder ausländischen Investor initiierte Privatisierung.**

Zur Beschleunigung der Eigentums-wandlung wurde im Oktober 1991 die sogenannte **Selbstprivatisierung** eingeführt, welche einer vereinfachten Variante der spontanen Privatisierung entspricht und die bei Unternehmen mit maximal 350 Mitarbeitern Anwendung finden kann. Sie ist dadurch gekennzeichnet, dass ausgewählte Beratungsunternehmen bei der Abwicklung der Privatisierung einen Teil der Funktionen der Staatlichen Vermögensagentur übernehmen.

Die sogenannte **Vorprivatisierung**, welche bei Kleinunternehmen im Handwerk, Binnenhandel und Gastgewerbe Anwendung findet, verläuft ähnlich wie

Die Bewältigung dieser Aufgabe erforderte die Konzeption neuartiger, innovativer und angepasster Privatisierungsmodelle und -instrumente.

Ungarns Privatisierungskonzeption basiert auf der Staatlichen Vermögensagentur und auf der Holding für Staatsvermögen, einer Aktiengesellschaft.

in der CR/SR über öffentliche Versteigerungen.

Im Unterschied zur CR/SR kennt Ungarn keine physische Restitution von verstaatlichtem Eigentum, sondern eine teilweise Kompensation in Form von Entschädigungsscheinen, welche bei der Privatisierung von Immobilien oder beim Erwerb von Anteilen an zu privatisierenden Staatsunternehmen als Zahlungsmittel gelten.

. . . mit Anreizen für inländische Investoren

Die Ergebnisse dieser ungarischen Entstaatlichungsstrategie können sich durchaus sehen lassen. Wurden 1991 rund 25 % des BIP im Privatsektor der Volkswirtschaft (privatisierte und neugegründete Unternehmen) erarbeitet, so waren es 1992 bereits 33 bis 35 %. Quantitativ hat sich bisher die spontane Privatisierung, unter Beteiligung von ausländischen Investoren, als das erfolgreichste Verfahren erwiesen.

Im Jahre 1991 waren Ausländer für nicht weniger als 81 % der Privatisierungserlöse des Staates verantwortlich. Dieser Prozentsatz sank 1992 auf 61 % und betrug in den ersten Monaten 1993 nur noch rund 50 %, was eine für die Privatisierungsbehörden beunruhigende Entwicklung darstellt, scheint sich doch eine gewisse Unlust ausländischer Anleger breitzumachen.

Andererseits hat sich die Regierung das ambitionöse Ziel gesetzt, dass bis 1994 der Staatsanteil an der Wirtschaft unter 50 % gedrückt werden soll. Darum wie auch innenpolitisch motiviert will man sich in Budapest zukünftig vermehrt um die Gunst inländischer Investoren bemühen. Schon im Herbst 1992 wurde ein Massnahmenpaket erlassen, welches die obenstehenden Privatisierungstechniken ergänzt, um spezielle Anreize für ungarische natürliche sowie juristische Personen zur Beteiligung an der Privatisierung zu schaffen. Genannt seien beispielsweise die Gewährung von Krediten zu Vorzugskonditionen oder Steuererleichterungen.

Im April 1993 schliesslich wurde der Grundsatz «Privatisierung über den Markt» weiter relativiert. Das verabschiedete **Aktienkaufprogramm für Kleinanleger** kommt der Verteilung von «Volkseigentum» sehr nahe. Grob gesagt wird jedem Erwachsenen ein zinsloser Kredit gewährt, welchen dieser allein für den Kauf von Aktien aus Privatisierungen verwenden kann. Offensichtlich ist man auch in Ungarn überzeugt, zukünftig angesichts der inländischen Kapitalknappheit nicht das ganze Staatsvermögen in der Wirtschaft im klassischen Sinne veräussern zu können.

CR und SR: Kernelement Couponprivatisierung

Das erklärte Ziel der tschecho-slowakischen Wirtschaftspolitiker liegt, wie in Ungarn, in der schnellen Privatisierung des Eigentums an Staatsbetrieben. Das tschecho-slowakische Modell, dessen vorläufige Ergebnisse die CR und die SR von der ČSFR geerbt haben, vertraute jedoch von Anfang an nicht allein auf den Marktmechanismus. Auch war man bestrebt, kontrolliert und gestaffelt allen zur Privatisierung vorgesehenen Betrieben eine neue Eigentümerstruktur zu verpassen. Couponprivatisierung war angesagt, ein einmaliges Experiment, welches international mit viel Aufmerksamkeit, aber auch Skepsis bedacht worden war. Doch auch diese stellt nur ein Element unter vielen der tschecho-slowakischen Privatisierungsstrategie dar.

Die Entstaatlichung der Wirtschaft fällt in der CR/SR in die Zuständigkeit der Branchenministerien, welche die Rolle des Gründers/Eigentümers für die in ihren Sektor fallenden Unternehmen spielen (mit vor allem konsultativer Funktion), sowie der Privatisierungsministerien der beiden Republiken. Als Auffangbecken für alle Beteiligungen, welche (vorläufig) in staatlicher Hand bleiben, wurde der Fond für Nationales Eigentum geschaffen.

Die **Grosse Privatisierung** wird in der CR/SR in sogenannten Privatisierungswellen abgewickelt. Konnte man also in Ungarn zumindest bei der erfolgreichen, dezentral initiierten, spontanen Privatisierung von einem Ansatz «von unten» sprechen, so bestimmten die zuständigen Staatsorgane in der CR/SR bisher «von oben» den Zeitpunkt der Eigentums-umwandlung.

Im Rahmen der Privatisierungswellen, wovon die erste mit der Verteilung der Anteile an die neuen Eigentümer im April 1993 abgeschlossen worden war, bezeichneten die Ministerien eine Anzahl von Firmen (erste Welle: 1500!), deren Geschäftsleitungen verpflichtet wurden, bis zu einem bestimmten Datum ein Privatisierungsprojekt, also ein Konzept zur Privatisierung ihres Betriebes, zu erarbeiten.

Im Rahmen eines solchen Projekts konnten folgende Methoden oder deren Kombination vorgeschlagen werden:

- **Direktverkauf** an einen in- oder ausländischen Investor
- **Übernahme** von Anteilen durch das Management und/oder die Belegschaft

Fortsetzung Seite 12

- öffentliche Versteigerung
- Couponprivatisierung

Gleichzeitig waren aussenstehende In- und Ausländer befugt, konkurrenzierende Privatisierungsprojekte einzureichen. Die Staatsorgane entschieden anschliessend, welches Projekt zur Realisierung gelangen sollte.

Simulierter Wertpapiermarkt

Ein Grossteil der in der ersten Welle abgewickelten Projekte sah einen Couponanteil am Firmenkapital von jeweils rund 60 % vor. Im Rahmen dieser Methode wurden Investitionsgutscheine gegen eine symbolische Gebühr an die erwachsene Bevölkerung vergeben. Anschliessend hatten diese schlussendlich etwa 8,5 Millionen Investoren die Möglichkeit, direkt ihre Coupons bei den zur Privatisierung ausgeschriebenen Unternehmen oder indirekt über private Investitionsfonds zu plazieren. Danach wurde administrativ Angebot und Nachfrage nach Beteiligungen jeder einzelnen Firma, unter Anpassung des Preises, in Einklang gebracht.

In den ersten Wochen des laufenden Jahres wurden die Anleger über ihr persönliches, erworbenes Portfolio und die Unternehmen der ersten Welle über ihre neuen Eigentümer informiert. Im April schliesslich begannen die zuständigen Organe, wie gesagt, mit der Verteilung der Anteilscheine, welche in der Folge in Aktien der jeweiligen Firmen umgewandelt werden.

Der Abschluss der ersten Welle zeigt, dass es gelungen ist, die Aufgabe der Couponprivatisierung zumindest technisch zu bewältigen. 92,8 % der angebotenen Anteile haben Abnehmer gefunden. Somit können die CR/SR gegenwärtig weltweit als die beiden Länder mit der breitesten Aktionärschicht angesehen werden.

Daneben lief in der CR/SR bis Ende 1992 aber auch die **Kleine Privatisierung**, der Verkauf von Handwerks- und Dienstleistungsbetrieben an einheimische natürliche oder juristische Personen mittels Auktionen. Die dabei erzielten Erlöse variierten stark von den Eröffnungspreisen, wobei auch Fälle von illegalen Preismanipulationen verzeichnet werden mussten.

Schliesslich hatten die Organe der ehemaligen CSFR beschlossen, in einem weitgehenden Ausmass die moralisch begründeten Ansprüche seiner Bürger zu schützen, welche durch das kommunistische Regime materiell geschädigt worden sind. In keinem Land Mittel- und Osteuropas kam es bisher zu einer so breit angelegten **Reprivatisierung** im

Das tschecho-slowakische Modell vertraute nicht allein auf den Marktmechanismus. Die Couponprivatisierung war ein einmaliges Experiment.

Sinne der Restitution/Rückgabe von verstaatlichtem Eigentum wie in der CR und der SR.

Die Teilung der ČSFR hat, wie nicht anders erwartet, den Privatisierungsprozess in den beiden Nachfolgestaaten verlangsamt. Die zweite und letzte Welle der Grossen Privatisierung ist für die zweite Jahreshälfte 1993 vorgesehen, dürfte sich jedoch im besonderen in der SR weiter verzögern. Auch sind heute bereits Differenzierungen ersichtlich, wie die beiden Länder in Zukunft die verbleibenden Privatisierungsaufgaben anzupacken gedenken. In der CR dürfte die zweite Welle der Grossen Privatisierung ähnlich wie die erste abgewickelt werden, in der SR neigt man eher zum Rückgriff auf die traditionellen Methoden «über den Markt».

Pro und Contra im Vergleich

Eine endgültige Wertung der Methoden im Vergleich sowie der bisherigen Privatisierungserfolge in Ungarn einerseits und in der CR/SR andererseits erscheint gegenwärtig wenig sinnvoll. Schon die Auswahl der Bewertungskriterien dürfte sich als schwierig erweisen. Zudem stellt die Privatisierung einen nicht abgeschlossenen Prozess dar, welcher laufend konzeptionellen Anpassungen unterliegt. Es wird interessant sein, in zwanzig Jahren das Urteil der Wirtschaftsgeschichte über diese fundamentalen Veränderungen nachzulesen.

Selbstverständlich verfügen beide Privatisierungsstrategien über offensichtliche Vor- und Nachteile. Der ungarische Weg zur Privatisierung der Grossbetriebe erscheint flexibel und betreffend der Fiskaleinnahmen des Staates vorteilhafter. Allerdings setzt er voraus, dass eine Akzeptanz der Gesellschaft gegenüber einem hohen ausländischen Eigentumsanteil an der einheimischen Wirtschaft vorhanden ist. Des weiteren birgt er die schwerwiegende Gefahr in sich,

dass am Ende ein unverkäuflicher Restbestand von staatlichen Unternehmen verbleibt, die für Privatinvestoren nicht attraktiv sind und entweder zu «Vorzugsbedingungen» an Inländer abgegeben werden oder liquidiert werden müssen.

Der tschecho-slowakische Weg der Couponprivatisierung hat den Vorteil, dass er innert sehr kurzer Zeit eine Eigentums- und Kapitalumwandlung für alle Betriebe möglich macht. Zudem kommen sehr viele Bürger der CR/SR in den Genuss von «kapitalistischem» Eigentum. Genau dies, nämlich die Zersplitterung des Kapitals auf teilweise Zehntausende von Aktionären, ohne klare Mehrheitsverhältnisse, erweist sich jedoch für die einzelnen Unternehmen als schwerwiegenderes Problem.

Doch es sei daran erinnert, dass angesichts der Dimension und der Einmaligkeit der Aufgabe keine perfekten, sondern pragmatische, gangbare Lösungen gefunden werden mussten. In diesem Sinne kann man wohl mit gutem Gewissen sowohl den Wirtschaftspolitikern in Budapest als auch ihren Kollegen in Prag und Bratislava eine gute Note ausstellen.

Dalibor Kolcava

STEIGER
DRUCK AG
BERN



Moserstrasse 31
3014 Bern
Telefon 031 41 27 75

... Steiger druckt's